

Das spanische Königspaar
besucht die Schweiz Seite 14Energiesparlampen machen
noch keinen Klimahelden Seite 14Swisscom testet Büro-Boxen
in drei Bahnhöfen Seite 15KiFF – das Aarauer Forum
für Alternativkultur Seite 17

Die Grenzen der integrativen Schule werden sichtbar

Die Kantone sind mit ihren sonderpädagogischen Konzepten unterschiedlich weit – doch vielerorts stellen sich ähnliche Fragen

Die Skepsis gegenüber der integrativen Schulung wächst in der Schweiz. Dabei zeigt sich: Mancherorts erweist sich das Modell als erfolgreich. Doch strapaziert man die Integrationsbemühungen, verkehrt sich das Prinzip in sein Gegenteil.

Daniel Gerny

Bis 2003 nahm der Anteil der Schüler und Schülerinnen, die in Sonder- und Kleinklassen unterrichtet werden, kontinuierlich zu: 3,9 Prozent waren es damals, seither ist die Quote rückläufig – 2008 verzeichnete das Bundesamt für Statistik noch 3,1 Prozent. Die Zahlen spiegeln die Entwicklung hin zu einer Schule wider, die auch Kinder mit Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten möglichst in die Regelklassen integriert. In den meisten Kantonen wurde und wird an sonderpädagogischen Konzepten gearbeitet. Sie sind eine Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), die den Kantonen die Verantwortung dafür überträgt und die IV finanziell entlastet.

Solothurn bremst, Basel voran

Ausserdem schreiben das Behindertengleichstellungsgesetz und viele Volksschulgesetze die Förderung der integrativen Schulung vor. Diskussionslos geht dieser Prozess indessen nicht über die Bühne – nicht nur im Kanton Zürich, wo das sonderpädagogische Konzept 2010 nach harter Kritik zurückgezogen wurde. Im Kanton Solothurn kam es im Dezember ebenfalls zu einem abrupten Bremsmanöver, als der Kantonsrat mit grosser Mehrheit eine Verordnung zur flächendeckenden Einführung der integrativen Schule ablehnte. Inzwischen hat Bildungsdirektor Klaus Fischer die Projektleitung ausgewechselt und einen dreijährigen Versuch angeündigt.

Zwar erleidet die integrative Schule nicht überall Niederlagen. In vielen Kantonen wird das Modell seit Jahren mit Erfolg praktiziert – so wie in Basel-Stadt, wo der Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat politisch kein Thema war und der Anteil der integrativ unterrichteten Schüler kontinuier-

lich steigt. Auch eine Studie des Zürcher Volksschulamtes ergab kürzlich, dass die Lernfortschritte bei integrierenden Schulformen nicht schlechter sind als in anderen Klassen (NZZ 31. 1. 11).

Dass die integrative Schulung selbst dann mehrheitsfähig ist, wenn ihr der Wind entgegenbläst, zeigte sich im Basbiet: Nach einem heftigen Abstimmungskampf, bei welchem insbesondere die Präsidentin des Lehrervereins deutliche Worte gebrauchte («Bildungsnotstand», verursacht durch «ideologisch beseelte Schulleitungen»), stimmte das Volk dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat überraschend klar zu.

Die beiden Basel, die ihre Bildungspolitik koordinieren, schlagen unterschiedliche Geschwindigkeiten an, womit sie die Situation in der Schweiz recht gut abbilden: 11 Kantone haben ihre sonderpädagogischen Konzepte, zu denen sie gemäss NFA verpflichtet sind, genehmigt, in weiteren ist damit im Verlaufe des Jahres zu rechnen. Dabei zeigt sich, dass die Umsetzung der integrativen Schulung auch eine geografisch-topografische Frage ist, wie Beatrice Kronenberg, Direktorin der unter anderem im Auftrag der EDK tätigen Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik, erklärt. In kleinen und abgelegenen Gemeinden, wo es ohnehin keine Kleinklassen gibt, erweist sich die Umsetzung als einfacher – ebenso in den grossen Städten, die dafür die strukturellen Voraussetzungen eher mitbringen.

Eine Frage der Ressourcen

Insgesamt aber ist mancherorts Ernüchterung der Euphorie gewichen. Interessanterweise stehen sich die politischen Pole dabei teilweise recht nahe. Es sei verfehlt, der Schule diese zusätzliche Verantwortung zu übertragen, die zu einer Überlastung der Lehrer und einer Nivellierung nach unten führe, reklamiert auf der einen Seite die SVP. Lehrerverbände und Gewerkschaften waren auf der anderen vor einem Kollaps der Schule und drängen auf zusätzliche Stellenprozente, die nötig seien, um den Unterricht in heterogen zusammengesetzten Klassen in der gebotenen Qualität überhaupt erbringen zu können – oder wie es in der Vernehmlassung der



Integration von Sonderschülern: nach der Euphorie die Ernüchterung. G. BALLY / KEYSTONE

Zürcher Schulsynode zum sozialpädagogischen Konzept heisst: «Das Konzept verfügt über positive Aspekte, stimmt aber im Einsatz der Mittel nicht mit der Realität überein.»

Auch wenn Hintergrund und Intention der Kritik je nach Herkunft unterschiedlich sind, wird zweierlei deutlich.

Erstens: Integrative Schulung ist eine Ressourcenfrage. Dort, wo sie mit Sparbemühungen kombiniert ist, sinkt die Akzeptanz auf allen Seiten. Im Kanton Zürich, wo die Regierung bei der Sonderpädagogik 17 Millionen Franken einsparen wollte, wurde die Vorlage von breiten Kreisen in erster Linie als Spar-

programm wahrgenommen. Viele Lehrer befürchten trotz der Unterstützung durch Heilpädagogen disziplinarische Probleme, die den Unterricht erschweren. Schon ein halbes Jahr vor dem Rückzug des Konzeptes bezeichnete das Zürcher Volksschulamte die Ressourcen vor diesem Hintergrund als «Knackpunkt».

Gefahr der Stigmatisierung

Zweitens sind der integrativen Schulung Grenzen gesetzt – eine Erkenntnis, die zwar nicht neu ist, aber in den letzten Jahren möglicherweise zu wenig Beachtung fand. «Heute versucht man, möglichst viele Kinder in Regelklassen zu integrieren», kritisierte unlängst der durchaus nicht auf SVP-Linie agierende Psychologe Alain Guggenbühl gegenüber der Zeitung «Der Bund». Wenn man aber für jedes Kind individuelle Lernziele formuliere, gehe der Gruppenaspekt verloren, und es bestehe die Gefahr einer Stigmatisierung. Indizien dafür, dass solche Effekte infolge der Integrationsbemühungen möglicherweise tatsächlich stattfinden, ergeben sich aus Zahlen der Berner Gesundheitsdirektion. Dort nimmt die Zahl der Kinder mit Sonderschul-Status in der Regelklasse massiv zu.

Regel- zu Sonderschülern

Eine mögliche Erklärung dafür lautet, dass die Regelschulen auf diese Weise zu zusätzlichen heilpädagogischen Lektionen kommen, so die Vermutung in der Gesundheits- und Fürsorge-direktion auf Anfrage. Solche Anreize führen – überspitzt formuliert – zu einer Umkehrung des Prinzips: Statt Sonderschüler in die Regelklasse zu integrieren, werden so aus Kindern in der Regelschule Sonderschüler. Für Beatrice Kronenberg, die die integrative Schulung klar befürwortet, zeigen solche Hinweise, dass der Begriff der Integration strapaziert wird. Integration sei gut, «wenn man sie nicht zum unumstösslichen Prinzip erhebt», sagt sie. Man müsse sich bei jedem Kind fragen, wo es am besten aufgehoben sei und welcher Status die Situation des Kindes treffe. Und: «Man darf dabei die Klasse als Ganzes nicht aus den Augen verlieren.»

Unqualifizierte Skilehrer und Bergführer sorgen für Unmut

Vermehrte Kontrollen der Schneeschulschulen im Wallis – Gesetz auf Bundesebene wird Tiefschneefahrten regeln und traditionelle Angebote stärken

Im Wallis werden die Lizenzen von Skilehrern nun zunehmend überprüft, denn mancherorts überschreiten Kursleiter aus dem Ausland die gesetzlichen Grenzen. Der Bund setzt neue Normen im Risikobereich.

Davide Scruzzi

Es ist ein harter Winter für den Schweizer Tourismus: Die Franken-Preise sind für die Gäste aus dem Euro-Raum hoch, und die Osterferien sind erst spät im Kalender. Wohl auch aufgrund dieser Situation beklagen in grossen Wintersportorten die einheimischen Skilehrer die Konkurrenz aus dem Ausland. Noch vor etwa zehn Jahren sorgten kuriose kantonale Monopolregeln dafür, dass es pro Ort nur eine Schule gab, den Ableger der Schweizerischen Skischule. Nun buhlen etwa im Oberengadin rund 30 Anbieter um die Kundenschaft. Vollerorts haben sich zielgruppenspezifische Schulen etabliert, etwa für englische Gäste.

Bei den angestammten Skilehrern am Fuss des Matterhorns brachte in den

Weihnachtsferien eine Skilehrer-Gruppe aus der Ukraine das Fass zum Überlaufen. Die Gruppe erteilte in Zermatt ohne Bewilligungen und Fachausweise Unterricht. Als dieser Sachverhalt erkannt wurde, war die Gruppe indes schon über alle Berge. In Verbier führt die Gemeinde seit der letzten Saison regelmässige Kontrollen an den Skischul-Treffpunkten durch. Dabei hat sich gezeigt, dass in einem Drittel der zehn Schulen Beanstandungen häufig sind, heisst es bei der Gemeinde. In Zermatt soll es nun durch die Gemeindepolizei ebenfalls Skilehrer-Kontrollen geben, auch auf der Piste, sagt Gemeindepräsident Christoph Bürgin auf Anfrage.

Die Walliser Kantonsverwaltung hat dieses Problem im Spannungsfeld zwischen Sorge um die Qualität und Marktabschottung ebenfalls im Auge. Die kantonalen Regeln sind unterschiedlich. So müssen im Wallis alle Schneeschul-Lehrer einer Skischule über eine kantonale Berufsbewilligung verfügen. 20 Prozent der Instrukturen einer Schule müssen einen eidgenössischen Fachausweis vorweisen können, für weitere 30 Prozent sind Verbands-Zertifikate nötig. Bis zu 50 Prozent des Personals können indes als Aushilfen ohne Ausweise

und Kantonsbewilligungen unterrichten, müssen aber bei der Schule registriert werden. – Andere Kantone haben indes in den letzten Jahrzehnten ihre Regelungen stärker gelockert. Im Kanton Bern sind gar keine Bewilligungen nötig. In Grindelwald wird die traditionelle Schule von fünf Anbietern konkurrenziert. Der Preisdruck habe gerade mit Blick auf die Gäste aus dem Euro-Raum stark zugenommen, sagt Christoph Estermann, Leiter der Schweizer Ski- und Snowboardschule Grindelwald. Weiterhin wissen viele die von den Schweizer Skischulen beworbenen Qualitätsstandards auch ohne staatlichen Protektionismus zu schätzen, dennoch plädiert Estermann für staatliche Standards und Kontrollen, weil das Fehlverhalten einzelner Lehrer dem Image der ganzen Branche schade. Für Stefan Kolb vom Berner Volkswirtschaftsdepartement ist hingegen eine Bewilligungspflicht für gewöhnliche Skilehrer unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsfreiheit «nicht zwingend» – im Gegensatz zu den Bergführern, wo die Sicherheit höher zu gewichten sei.

Swiss Snowsports, der Dachverband der traditionellen Schweizer Ski- und Snowboardschulen und -lehrer, will mit

der Aufwertung von Skifahr-Diplomen als kundenbindendes Element die führende Rolle der Schweizer Skischulen stärken. Geprüft wird auch die Abkehr von der alten Regel, wonach nur eine Skischule pro Ort dem Dachverband beitreten darf. Es geht um einen wichtigen Tourismus-Faktor: Rund 15 Prozent der Hotelgäste in Wintersportorten besuchen Schneeschulskurse.

Dem Direktor von Swiss Snowsports, Riet Campell, bereitet allerdings die umgekehrte Form der Personenfreizügigkeit mit der EU mehr Sorgen: die Zulassung von Schweizern im Ausland. Gerade in der Westschweiz sind Absteiger nach Frankreich nämlich für gewisse Tourismussegmente interessant. Dem französischen Staat wirft Campell vor, die Schweizer Lehrer mit einem überzogenen Riesenslalom-Test vom Markt fernhalten zu wollen. Bei dem für Diplomanerkenntnisse zuständigen Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) ist man bereit, konkrete Fälle mit dem französischen Staat zu klären, wie dies bereits mit Italien geschehen ist. Durchsetzen könne man aber nur die Anerkennung des vom Bund anerkannten Fachausweises, sagt Frédéric Berthoud vom BBT. In einem

schlagzeilenträchtigen Fall eines Genfer Lehrers, der von der französischen Polizei aufgegriffen wurde, lag offenbar kein solches staatliches Diplom vor.

Bei Schneeschularten mit höherem Gefahrenpotenzial ist immerhin durch das noch nicht umgesetzte Bundesgesetz über Risikosportarten eine Schweizer Harmonisierung geplant, die nicht nur das Bergführerwesen erfasst. Künftig dürfen ausserhalb der Pisten nur Lehrer mit dem eidgenössischen Fachausweis unterrichten, dabei werde es auch höhere Haftpflicht-Anforderungen geben, sagt Christoph Lauener vom Bundesamt für Sport, das derzeit die Verordnung zum Gesetz erarbeitet. Diese Tiefschnee-Regel dürfte insgesamt die Marktposition der traditionellen grösseren Schulen stärken.

Kürzlich hat der Bündner Bergführerverband Touristen vor Bergführern ohne Ausbildung gewarnt, die Ski- und Schneeschuhtouren leiteten und umfangreiche Programme anboten. Diesen fehlten insbesondere Lawinenkenntnisse, heisst es. Verlangt werden mehr Kontrollen. Im Kanton Graubünden kommt es jährlich zu rund einem halben Dutzend Verfahren gegen Bergführer ohne entsprechende Ausweise.